

## Kronstädter Aufstand

A: tamarrud kronštadt. – E: Kronstadt rebellion.

F: révolte de Kronstadt. – R: Kronštadtskoe vosstanie.

S: levantamiento de Kronstadt.

C: kalangshitadepanluan 喀琅施塔得叛乱

»Dritte Revolution« oder »konterrevolutionäre Meuterei« – zwischen diesen Polen bewegt sich das Urteil über den KA, der vom 1. bis 18. März 1921 Sowjetrussland erschütterte. Ausdruck einer umfassenden Krise, die ihre Ursachen in der Zerrüttung Russlands durch sieben Jahre Krieg und Bürgerkrieg und im von der Sowjetregierung praktizierten System des Kriegskommunismus hatte, bedeutete der KA eine akute Gefährdung der Macht der KPR(B), weil er getragen wurde von den Kronstädter Matrosen, die als »Zierde und Stolz der Revolution« (TROTZKI) entscheidend zu deren Sieg beigetragen und die Sowjetregierung an vielen Fronten verteidigt hatten. Das Land wurde nicht nur durch zahlreiche Bauernaufstände und die anarchistische Machno-Bewegung destabilisiert, sondern erstmals nach der Revolution auch durch Arbeiterunruhen in Petrograd und Moskau, und in der KPR(B) entzündete sich an der Gewerkschaftsfrage eine Krise, in deren Verlauf die entstehende Opposition in der Partei nur unter Verletzung der innerparteilichen Demokratie unterdrückt werden konnte. In dieser Situation flammte der KA auf »wie ein Blitz, der die Wirklichkeit greller beleuchtete als irgendetwas anderes« (LENIN 1921, LW 32, 286).

1. *Programm der Aufständischen.* – Kernpunkt war die Errichtung einer »wirklichen« Räte-demokratie, die sich von derjenigen unterscheiden sollte, die mit den bolschewistisch geführten Sowjets errichtet worden war. Während die Kronstädter in den frei gewählten Sowjets, die 1905 hier ihre Geburtsstätte hatten, Organe der Basisdemokratie mit hohem eigenständigem Wert für die Organisation der Gesellschaft nach der Revolution sahen, ging es LENIN und seinen Anhängern stets um deren »Inhalt« (STALIN 1924, W 6, 348), den sie ausschließlich der Erringung und Erhaltung der Herrschaft der KPR(B) nutzbar gemacht sehen wollten. Das zeigte sich schon 1917 im rein taktischen Umgang mit der Losung »Alle Macht den Sowjets« – ihre Aufstellung oder Zurückziehung je nach »passender« Zusammensetzung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten.

1.1 In der von 16 000 Matrosen, Soldaten und Arbeitern auf einer Vollversammlung am 1. März angenommenen Resolution forderten die Aufständischen »angesichts der Tatsache, dass die bestehenden Sowjets nicht den Willen der Arbeiter und Bauern zum

Ausdruck bringen, unverzüglich Neuwahlen zu den Sowjets unter den Bedingungen geheimer Stimmabgabe und freier vorhergehender Wahlagitation für alle Arbeiter und Bauern« (zit.n. Kool/Oberländer 1967, *Dokumente*, 343). Das entsprach der ursprünglichen Idee der Sowjets und der Verfassung der RSFSR, die eine Abberufung der Deputierten vorsah, wenn sie nicht mehr dem Willen der Wähler entsprachen. Weitere politische Forderungen waren: Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linkssozialistische Parteien, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Gewerkschaften und Bauernvereinigungen, Einberufung einer nichtparteigebundenen Konferenz von Arbeitern, Rotarmisten und Matrosen aus Petrograd, Kronstadt und der Petrograder Garnison, Freilassung aller politischen Häftlinge, die sozialistischen Parteien angehörten bzw. in Verbindung mit Arbeiter- und Bauernbewegungen verhaftet worden waren, sowie Wahl einer »Kommission zur Überprüfung der Prozessakten aller in Gefängnissen und Konzentrationslagern Eingeschlossenen« (ebd.).

Nicht beabsichtigt war Freiheit für konterrevolutionäre Aktivitäten oder rechte Parteien. Die von diesen angestrebte Einberufung der Konstituierenden Versammlung, an deren Auflösung die Kronstädter Matrosen mitgewirkt hatten, wurde vom Kronstädter Provisorischen Revolutionskomitee (PRK) mehrheitlich abgelehnt. In einem Grundsatzartikel *Wofür wir kämpfen* hieß es: »Die Arbeiter und Bauern schreiten unaufhaltsam voran, sie lassen die Konstituante mit ihrer bürgerlichen Ordnung ebenso hinter sich wie die Diktatur der kommunistischen Partei mit ihrer Tscheka und ihrem Staatskapitalismus« (*Dok.*, 388).

Um den Alleinvertretungs- und Führungsanspruch der KP zu brechen, verlangte die Resolution die Auflösung der kommunistischen Kampfgruppen in der Armee und der kommunistischen Kontrollabteilungen in den Betrieben, »da nicht eine einzige Partei Privilegien für die Propagierung ihrer Ideen beanspruchen und vom Staat zu diesem Zweck Geld erhalten darf« (*Dok.*, 343). Am 6. März wurde die Losung »Alle Macht den Sowjets und nicht den Parteien« (365, 368) öffentlich gemacht. Sie richtete sich nicht gegen die einfachen Kommunisten, die nicht von den Wahlen zu den Sowjets ausgeschlossen werden sollten und zumindest anfangs auch an den Versammlungen teilnahmen. Die Losung »für Sowjets ohne Kommunisten« wurde in Kronstadt nie direkt erhoben; die zunehmende antikommunistische Agitation und Maßnahmen, die gegen Kommunisten, die der Parteiführung treu blieben, ergriffen wurden, konnten allerdings in diesem Sinne verstanden werden.

Die ökonomischen Forderungen – gleiche Lebensmittelrationen für alle Werktätigen, Abschaffung der Sperrabteilungen, die den Warenaustausch zwi-

schen Stadt und Land verhinderten, volle Verfügung der Bauern über ihr Land und Vieh, sofern sie es ohne Lohnarbeit bearbeiten und versorgen konnten, Gestattung freier handwerklicher Produktion auf der Basis eigener Hände Arbeit – entsprachen den unmittelbaren Interessen der Bauern und Handwerker, in geringerem Maße denen der Arbeiter, widerspiegeln weit verbreitete egalitäre Tendenzen und die Entrüstung über Privilegien der sich herausbildenden Sowjet- und Parteibürokratie. Sie waren jedoch keineswegs auf die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse gerichtet. Eine Forderung nach Freiheit des Handels gab es – anders, als es LENIN behauptete (LW 32, 184) – nicht.

Dieser erste Forderungskatalog wurde in den folgenden Tagen vertieft. So sollten die »staatlichen Gewerkschaften in freie Vereinigungen der Arbeiter, Bauern und der schaffenden Intelligenz« umgestaltet werden (*Dok.*, 388). Der »Staatssozialismus«, in dem der Arbeiter »aus einem Sklaven des Kapitalisten« zum »Sklaven der Staatsbetriebe« geworden sei, sollte durch einen »Sozialismus anderer Art«, eine »Sowjetrepublik der Arbeiter, wo der Produzent selbst uneingeschränkter Herr und Verwalter über die Produkte seiner Arbeit sein wird«, ersetzt werden. Die Ende 1917/Anfang 1918 eingeführte Arbeiterkontrolle wurde abgelehnt, da sie die Produktion habe verfallen lassen (501f).

1.2 Nachdem am 1. März der Vorsitzende des Allrussischen Exekutivkomitees Michail KALININ die Forderungen der Aufständischen in Bausch und Bogen abgelehnt hatte, machten diese den Rücktritt der kommunistischen Regierung zu ihrem Hauptziel. In dem Maße, wie die Sowjetregierung Schritte zur Eindämmung und Niederschlagung des Aufstandes ergriff (Verhängung des Belagerungszustandes in Petrograd und Umgebung, Flugblätter mit »letzten Warnungen« und der Aufforderung zur Aufgabe, Geiselnahmen, Verhaftungen, Erschießungen, Artilleriebeschuss und Bombardierungen durch Flugzeuge, Infanterieangriffe), wurden die propagandistischen Attacken auf die »Schreckensherrschaft der Kommunisten« und die »Herrschaft der Kommissare« von Tag zu Tag schärfer. Die drei Jahre währende Gewaltherrschaft der Kommunisten mit ihrer Tscheka habe drei Jahrhunderte monarchistischen Jochs verblässen lassen (*Dok.*, 387).

Der besondere Zorn richtete sich gegen den Vorsitzenden des Revolutionären Militärates der RSFSR, Leo TROTZKI, als Verfechter einer »Militarisierung« der Sowjetgesellschaft und als Verantwortlicher für den Einsatz der Roten Armee gegen Kronstadt, und Grigori SINOWJEW, den Vorsitzenden des Petrograder Verteidigungskomitees. Dabei spielten auch antisemitische Stimmungen, denen viele der aus der

Ukraine und den westlichen Randgebieten Russlands stammenden Matrosen traditionell anhängen, eine Rolle (AVRICH 1970, 155, 178ff). Forderungen nach einer Aussiedlung der Juden nach Palästina tauchten auf, die allerdings nicht mehrheitsfähig waren (vgl. *Kronštadtskaja*, 1999, I, 119, 145). Das Vertrauen zu LENIN war bis zu dessen Auftritt auf dem 10. Parteitag »noch nicht verlorengegangen«. Er wurde als »Gefangener« seiner Gesinnungsgenossen gesehen, der die Aufständischen »genauso verleumden« müsse »wie sie auch« (*Dok.*, 471f). Hierin zeigte sich, wie Paul AVRICH meint, der traditionelle Glaube an den »guten Zaren«, der von seinen Beamten betrogen wird (1970, 177). Die von LENIN verkündeten Grundsätze der NÖP, die in vielem mit den Forderungen der Kronstädter übereinstimmten, wurden unter dem Eindruck des inzwischen begonnenen Angriffs der Regierungstruppen auf die Festung als »kleine Zugeständnisse« abgelehnt, die nur das Ziel hätten, »um so fester den Schraubstock der Parteidiktatur anzuziehen« (*Dok.*, 487).

Die Aufständischen betrachteten ihre Aktion als Beginn der – nach Februar- und Oktoberrevolution – »dritten Revolution«, die »die letzten Ketten von den werktätigen Massen nehmen«, einen »neuen breiten Weg zu schöpferischer Tätigkeit im Geiste des Sozialismus freilegen« und »die werktätigen Massen in Ost und West aufrütteln« werde (*Dok.*, 387f, 414). In einem Aufruf an die Arbeiterinnen der Welt zum Internationalen Frauentag am 8. März ließen sie die »soziale Weltrevolution« hochleben (385). Die internationale Presse wurde aufgefordert, die Kronstädter in ihrer Berichterstattung zu unterstützen und sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen, was einige ausländische Korrespondenten auch taten (vgl. *Kronštadtskaja*, 1999, I, 448). In Anknüpfung an die revolutionären Traditionen Kronstadts »als aufmerksamer Wächter über die Errungenschaften der sozialen Revolution« fühlten sich die Aufständischen als Vorkämpfer für die Verwirklichung der wahren Ziele der russischen Revolution (*Dok.*, 442). Sie wussten, dass der Aufstand auch von den konterrevolutionären Kräften gefeiert wurde. Die aber hegten die Hoffnung, »die zaristische Peitsche und die Privilegierung der Generäle zu erneuern«, und seien daher »keine Weggenossen« (360).

So wie es keine Belege dafür gibt, dass der KA von einer einzelnen Partei vorbereitet worden wäre, ist auch das Programm keiner bestimmten Partei zuzuordnen. Es finden sich einzelne Forderungen der linken und rechten Sozialrevolutionäre, der Menschewiki und der Anarchisten, andere fehlen. Nach Auffassung von AVRICH geht es um eine Spielart anarcho-volkstümlicherischer Richtung, wie sie die zwischen linken Sozialrevolutionären und Anarchis-

ten stehenden sozialrevolutionären Maximalisten vertraten. Auch die seit den Bauernaufständen des 17. und 18. Jh. verbreitete Feindschaft gegen den zentralisierten Staat und die herrschende Klasse habe hier ihren Niederschlag gefunden (vgl. 1970, 170ff). In den zwei Wochen, in denen das PRK die Macht in Kronstadt ausübte, konnte das Programm natürlich nicht ausreifen, geschweige denn verwirklicht werden. Dass seine Aussagen teilweise verschwommen blieben, ist aber auch auf die unterschiedlichen Auffassungen der im PRK vertretenen Kräfte zurückzuführen, die unter Berücksichtigung der Stimmung unter den Matrosen ihre Ansichten nicht immer offen legten.

2. *Das PRK als Machtorgan.* – Der KA begann spontan und entfaltete sich in rasendem Tempo. Wahrscheinlich gab es eine kleine illegale Gruppe um den Vorsitzenden des PRK, Stepan PETRITSCHENKO, Oberschreiber auf dem Schlachtschiff *Petropawlowsk*, die ihn von Anfang an lenkte (vgl. Avrich 1970, 110). Es waren Delegierte nach Petrograd entsandt worden, um über die dortigen Arbeiterunruhen Erkundungen einzuholen. Ihre Berichte heizten die Stimmung der Matrosen an. Petritschenko leitete die ersten entscheidenden Versammlungen der Schiffsbesatzungen, schlug in der Vollversammlung auf dem Ankerplatz am 1. März die programmatische Resolution vor und leitete auch die Delegiertenversammlung am 2. März, auf der das am Vorabend auf der *Petropawlowsk* aus seinen Anhängern gebildete PRK als oberstes Machtorgan des KA gewählt wurde. Das am 4. März von 5 auf 15 erweiterte PRK bestand aus Matrosen und Arbeitern sowie einem Ingenieur, einem Telefonisten, einem Transportleiter und einem Arzthelfer (vgl. *Dok.*, 445f).

Das PRK nahm die Verwaltung von Stadt und Festung in die Hand, entfernte die Kommunisten aus allen Leitungsfunktionen und untersagte ihnen das Verlassen der Insel Kotlin, hielt die Ordnung in der Stadt aufrecht und organisierte die Verteidigung. In Behörden, gesellschaftlichen Organisationen und Militäreinheiten wurden revolutionäre Dreierausschüsse zur Umsetzung der Beschlüsse des PRK geschaffen. Die Kommunisten in der Stadt wurden aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern. Verhaftungen von Kommunisten, die bereits auf der Delegiertenversammlung am 2. März begannen, wurden damit begründet, dass diese gegen die Maßnahmen des PRK auftraten, Sabotage verübten oder zu fliehen versuchten. Unter den Festgenommenen waren der Kommissar der Baltischen Flotte N.N. KUSMIN, der abgesetzte Vorsitzende des Kronstädter Sowjets P.D. WASSILJEW, der Vorsitzende des Kronstädter Parteikomitees L.A. BREGMAN und der Chef der Polit-

verwaltung der Baltischen Flotte E.I. BATIS. Keiner der 320 Verhafteten wurde erschossen (vgl. Ščetinov 1999, 15).

Um die Verbindung zu den Arbeitern enger zu gestalten, wurde entschieden, die leitenden Organe aller Gewerkschaften und den Rat der Gewerkschaften, der in engem Kontakt zum PRK stehen sollte, innerhalb von drei Tagen neu zu wählen (*Dok.*, 354). Die Politabteilung der Garnison wurde ebenso wie die vorwiegend aus Kommunisten bestehende Arbeiter- und Bauerninspektion aufgelöst, deren Kontrollfunktion dem Sowjet der Gewerkschaften übergeben wurde (vgl. 506). Dem PRK zugewandten Arbeitern wurden Waffen übergeben und der innere Schutz der Stadt anvertraut. Zur angestrebten Neuwahl der Sowjets kam es angesichts der beginnenden militärischen Kämpfe nicht.

3. *Soziale und politische Zusammensetzung der Aufständischen.* – Die Zahl der aktiven Aufständischen wird auf 9000 bis 10000, höchstens 12000 beziffert, was bedeutet, dass ein beachtlicher Teil der 18000 Militärdienst leistenden und der 8000 bis 9000 erwachsenen Männer in der Stadt sich nicht am bewaffneten Kampf beteiligten (vgl. Ščetinov 1999, 23). Die soziale Basis des KA bildeten die Matrosen und Rotarmisten der Garnison, insbesondere die Mannschaften der Schlachtschiffe *Petropawlowsk* und *Sewastopol*. 80 Prozent der Matrosen stammten aus der Bauernschaft und blieben mit ihren Herkunftsregionen, vorwiegend der Ukraine und Südrussland, eng verbunden. Durch Heimataufenthalte und Briefe ihrer Angehörigen waren sie über die Unzufriedenheit der Bauern mit dem Kriegskommunismus, über die Bauernaufstände in vielen Gebieten Sowjetrusslands und speziell über die Machno-Bewegung gut informiert. Ebenfalls enge Kontakte bestanden zu den Petrograder Arbeitern. Die Mehrheit der Kronstädter Zivilbevölkerung verhielt sich indifferent gegenüber den Aufständischen. Ein Teil der Arbeiter, darunter auch Frauen, drückten ihre Sympathie durch Spenden von Lebensmitteln, Kleidung und Schuhwerk für die Verteidiger der Festung aus, weil sie in ihnen keine Weißgardisten sahen.

In der Beurteilung der sozialen Herkunft der Kronstädter Matrosen standen sich von Anfang an zwei Auffassungen gegenüber. Die KPR(B) und die sowjetischen Historiker behaupteten, die Kronstädter Matrosen des Jahres 1921 hätten nichts mehr mit den Teilnehmern an der Oktoberrevolution gemein. Ihre Gegner betonten die Kontinuität zu 1917. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Die soziale Zusammensetzung hatte sich verändert. Waren 1917 die meisten Matrosen Arbeiter aus Petrograd und anderen Städten, bestand jetzt die Mehrheit aus Bauern. »Wenn

1917-1918«, so TROTZKI 1938 in zugespitzter Einschätzung, »die Kronstädter Matrosen erheblich über dem Durchschnittsniveau der Roten Armee standen und [...] das Rückgrat des Sowjet-Regimes in vielen Distrikten bildeten, so standen die Matrosen, die bis Anfang 1921 im »friedlichen« Kronstadt blieben, [...] zu dieser Zeit im allgemeinen erheblich unter dem Durchschnittsniveau der Roten Armee; unter ihnen befand sich ein großer Prozentsatz von vollkommen demoralisierten Elementen« (6). Tatsächlich waren die Kronstädter Matrosen während des Bürgerkriegs an vielen Fronten eingesetzt bzw. zu Parteifunktionen herangezogen und die dadurch entstandenen Lücken durch junge Wehrpflichtige aufgefüllt worden. Zugleich blieb aber ein Kern erfahrener Matrosen in Kronstadt. Ende 1920 wurden wegen der schwierigen politisch-ideologischen Situation in der Baltischen Flotte sogar über 700 lang gediente kommunistische Matrosen reaktiviert (vgl. ELIZAROV 2004, 167).

Die revolutionären Traditionen Kronstadts, die bei allem Wechsel auf den Schiffen und in der Garnison an die Neuankömmlinge weitergegeben wurden, spielten für die Auslösung des Aufstands ebenso eine Rolle wie die traditionelle Neigung der Matrosen zu Empörung und Aufruhr. Dabei waren es aber nicht die jungen, sondern die erfahrenen Matrosen, die den Aufstand organisierten. Der 30-jährige PETRITSCHENKO diente seit 1912 in der Flotte, seit 1918 auf dem Schlachtschiff *Petropawlowsk*. Sein Stellvertreter Wasili JAKOWENKO hatte 1917 an Barrikadenkämpfen teilgenommen (vgl. Avrich 1970, 91). Der Anteil der kampfgeprobten, im Bürgerkrieg auf Seiten der Sowjetregierung beteiligten Matrosen war wesentlich größer, als es die sowjetische Parteigeschichtsschreibung wahrhaben wollte. Auf den beiden Schlachtschiffen stellten sie vier Fünftel der Mannschaften (vgl. Elizarov 2004, 168). Auf der *Petropawlowsk* waren von 1300 Mann ein Sechstel Kommunisten (vgl. Semanov 1971, 28).

Die politische Zusammensetzung der Aufständischen umfasste links von der KPR(B) stehende Kräfte (Maximalisten, linke Sozialrevolutionäre) ebenso wie enttäuschte Kommunisten und Angehörige weiter rechts stehender Parteien wie Volkssozialisten oder Menschewiki. Von der Popularität der beteiligten Anarchisten zeugte, dass sie in der Resolution vom 1. März ausdrücklich erwähnt wurden. Das PRK fürchtete indes unüberlegte Aktionen und wollte die Kräfte schonen, »bis wir dem Gegner den letzten, entscheidenden Schlag versetzen werden« (*Dok.*, 412).

Das PRK unternahm erfolgreich Anstrengungen, möglichst viele der einfachen Kommunisten für die Unterstützung des Aufstandes zu gewinnen. Ein provisorisches Büro der Kronstädter Organisation der KPR(B) rief dazu auf, »die Maßnahmen

des Provisorischen Revolutionskomitees auf keine Weise zu behindern« (*Dok.*, 348). 845 der 2093 in der KPR(B) Organisierten erklärten während des Aufstandes ihren Parteiaustritt (vgl. *Kronštadtskaja*, 1999, II, 160f). Die Ausgeschiedenen waren v.a. Parteimitglieder und Kandidaten, die sich 1919/20 der Partei angeschlossen hatten. Etwa 40 Prozent der Kommunisten verhielten sich neutral (vgl. Avrich 1970, 183). Ein Teil der der Sowjetregierung treu bleibenden Kommunisten verließ am 2. März geordnet und bewaffnet die Insel. Weiteren gelang in den ersten Tagen des Aufstands die Flucht, andere blieben und versuchten die Regierungstruppen beim Angriff auf Kronstadt zu unterstützen.

General A. N. KOSŁOWSKI, seit Dezember 1920 Leiter der Artillerie der Festung, und andere ehemalige Offiziere der zaristischen Armee, die in Kronstadt in der Sowjetarmee gedient hatten, waren nicht die Organisatoren des KA, schlossen sich aber sofort den Aufständischen an, berieten sie und leiteten ab dem 3. März im Auftrag des PRK die militärische Verteidigung (vgl. Šćetinov 1999, 13). Während von kommunistischer Seite die Rolle der ehemaligen zaristischen Generäle und Offiziere übertrieben wurde, behaupteten die Aufständischen, es habe gar keine gegeben. Der Name des Chefs der Verteidigung, des vormaligen Stabschefs der Festung, Oberstleutnant E. N. SOŁOWJANOW, wurde erst am 12. März bekannt (vgl. *Dok.*, 440). Hätten die Militärs tatsächlich an der Spitze der Bewegung gestanden, hätten sie sich nicht auf die Verteidigung von Stadt und Festung beschränkt, sondern wären sofort zum Angriff auf das Festland übergegangen. Das PRK lehnte solche Angriffshandlungen mit Rücksicht auf die Stimmung der Matrosen ab.

4. *Rolle der antisowjetischen Emigration.* – Keine Belege gibt es dafür, dass – wie es KPR(B) und Sowjetregierung behaupteten – der KA direkt im Ausland vorbereitet wurde. Allerdings hatte die französische Presse am 12. Febr. 1921 über einen vermeintlichen Aufstand in Kronstadt detailgetreu berichtet. Ein von AVRICH (1970, 235-40) im Russischen Archiv der Columbia-Universität in New York aufgefundenen *Memorandum zur Frage der Organisation eines Aufstandes in Kronstadt*, das Anfang 1921 von einem Agenten des Allrussischen Nationalen Zentrums in Wyborg ausgearbeitet wurde, zeigt, dass in der Emigration ernsthafte Überlegungen dazu angestellt wurden. Der Verfasser erwartete nach der Eisschmelze den Beginn des Aufstands, der durch die Emigranten und ausländische Mächte wie Frankreich gezielt unterstützt werden sollte.

Die antisowjetische Emigration verfolgte den KA mit größter Anteilnahme. Die Losung »Alle Macht

den Sowjets und nicht den Parteien« wurde zwar misstrauisch beobachtet, weiblickende Emigranten wie der Kadettenführer Pawel MILJUKOW sahen in ihr jedoch eine Übergangslösung. Mit der von ihm propagierten Formulierung »Für die Sowjets, aber ohne Kommunisten«, die während des Bürgerkriegs in Sibirien und am Vorabend des KA auf Flugblättern in Petrograd aufgetaucht war, wollte er dem Ziel einer bürgerlichen Regierung näher kommen.

Jede Äußerung der Aufständischen wurde von den Emigrantengruppen im Hinblick auf die eigenen Ziele analysiert. In einem Aufruf des PRK vom 15. März hieß es: »Wir kämpfen jetzt für den Sturz des Partejochs, für die echte Macht der Sowjets, und dann soll der freie Wille des Volkes entscheiden, wie es regiert werden will« (*Kronštadtskaja*, 1999, I, 447). Der Präsident der aufgelösten Konstituierenden Versammlung und Führer der Sozialrevolutionäre, Viktor TSCHERNOW, knüpfte daran Hoffnungen auf die Wiedereinberufung einer Konstituierenden Versammlung. Sein Angebot, selbst nach Kronstadt zu kommen, wurde selbst von den Befürwortern der Konstituierenden Versammlung im PRK als verfrüht abgelehnt (vgl. Šćetinov 1999, 11, 17).

Alle Richtungen der Emigration mit Ausnahme der Menschewiki äußerten die Bereitschaft, den Aufstand mit Lebensmitteln, Medikamenten oder Geld zu unterstützen. Viele bereiteten auch militärische Hilfsmaßnahmen vor. Das PRK lehnte anfangs Hilfsangebote aus dem Ausland ab. Am 8. März erklärte es: »Wenn sich aber unser Kampf länger als gedacht hinziehen sollte, werden wir vielleicht gezwungen sein, uns mit Rücksicht auf unsere verwundeten Helden, auf die Kinder und die Zivilbevölkerung um Lebensmittelhilfe nach außen zu wenden« (*Dok.*, 414). Es fanden Verhandlungen mit einer Delegation des Russischen Roten Kreuzes (im Ausland) über Lebensmittellieferungen statt, die aber Kronstadt nicht mehr erreichten. Ein Delegationsmitglied, der Monarchist und ehemalige Kommandeur der *Sewastopol*, Baron P. W. WILKEN, blieb in Kronstadt. Seine Forderung nach militärischer Unterstützung durch Weißgardisten wurde vom PRK mit Stimmenmehrheit abgelehnt (vgl. Šćetinov 1999, 21). In einem Aufruf des PRK vom 15. März wurde jedoch darauf verwiesen, dass »militärische Hilfe erforderlich« werden könnte. Eine Delegation des PRK begab sich zu Verhandlungen nach Finnland (vgl. 25). Nach der Niederschlagung des Aufstands trafen die nach Finnland emigrierten Führer geheime Vereinbarungen mit der weißgardistischen Emigration über den gemeinsamen bewaffneten Kampf gegen die Kommunisten (vgl. Avrich 1970, 127ff).

5. *Die Frage der friedlichen Lösung.* – Eine friedliche Lösung wurde nicht ernsthaft versucht, da die KPR(B) die Situation völlig falsch einschätzte. Hatte KALININ vor Petrograder Arbeitern kurz zuvor noch Erfolg gehabt, verschärfte er, KUSMIN und WASILJEW in den Kronstädter Versammlungen durch Mangel an Kompromissbereitschaft die Spannungen. Nicht einmal die im Rahmen der NÖP ohnehin vorgesehene Aufhebung kriegskommunistischer Maßnahmen wurde angedeutet. Der Versuch, Verhandlungen zwischen Petrograder Sowjet und Kronstädter PRK anzubahnen, scheiterte an unerfüllbaren Bedingungen von beiden Seiten in Bezug auf die Zusammensetzung der Delegationen. Die KPR(B) knüpfte nicht an die anfangs unter den Matrosen noch vorhandenen Sympathien für LENIN an. Mit Ultimaten wurden die Aufständischen in ihrer Haltung bestärkt. Ein Vermittlungsangebot der Anarchisten Alexander BERKMAN und Emma GOLDMAN wurde nicht aufgegriffen (vgl. Berkman 1922/1990, 23f).

Sowjetregierung und KPR(B)-Führung betrachteten den KA von Beginn an als eine vom Ausland gelenkte, weißgardistische Meuterei der Generäle und Sozialrevolutionäre mit KOSLOWSKI an der Spitze. Gefangen in der Logik des bereits beendeten Bürgerkriegs, erwogen das Kronstädter Parteikomitee und KALININ sofort militärische Maßnahmen. Am 2. März wurden die Aufständischen zu »außerhalb des Gesetzes stehenden« Konterrevolutionären erklärt; als Ziel des KA wurde von Beginn an das Streben nach »Sowjets ohne Bolschewiki« gesehen (LW 32, 330). Verhandlungen über die politischen Ziele wurden nicht in Erwägung gezogen. Für die KPR(B) gab es nur die Alternative: bedingungslose Kapitulation der Kronstädter oder Niederschlagung des KA mit Waffengewalt, wie sie es auch bei den Bauernaufständen praktiziert hatte. Sie trägt daher die Hauptverantwortung für den blutigen Ausgang. Es sei, erklärte LENIN am 9. März auf dem Parteitag, jetzt »viel besser [...], »mit dem Gewehr zu diskutieren« als mit Thesen, wie sie von der Opposition aufgetischt werden« (LW 32, 201).

Die Aufständischen begannen sich am 4. März unter der Losung »Siegen oder sterben« auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten (*Dok.*, 353). Sie lehnten »angesichts der festen Absicht der Werktätigen Kronstadts, Russland für immer von der kommunistischen Herrschaft zu befreien« (474), ihrerseits alle Kompromisse ab.

6. *Die Niederschlagung.* – Militärisch stellte der KA keine ernsthafte Gefahr für die Sowjetregierung dar (vgl. Avrich 1970, 218). Die KPR(B) wollte ihn dennoch so schnell wie möglich niederschlagen. Die Losungen der Kronstädter, die im Namen der Sow-

jetmacht erhoben wurden und damit für die breiten Volksmassen wesentlich eingängiger waren als die der Weißgardisten, sollten keine weitere Verbreitung finden. LENIN zufolge war beim KA das »kleinbürgerliche anarchistische Element« zum Zuge gekommen, dessen Stimmung sich auch auf das Proletariat ausgewirkt habe. Diese »kleinbürgerliche Konterrevolution« hielt er für »gefährlicher als DENIKIN, JUDENITSCH und KOLTSCHAK zusammengenommen, weil wir es mit einem Land zu tun haben, wo das Proletariat die Minderheit bildet, weil wir es mit einem Land zu tun haben, in dem die wirtschaftliche Zerrüttung das bäuerliche Eigentum in Mitleidenschaft gezogen hat, und außerdem haben wir noch eine solche Sache wie die Demobilisierung der Armee, die aufständische Elemente sonder Zahl geliefert hat« (LW 32, 183). Der 10. Parteitag der KPR(B) sollte mit diesem ungelösten Problem nicht belastet werden. Die Sowjetregierung stand in Verhandlungen mit den USA und England um die Aufnahme von Handelsbeziehungen, die bei einem Andauern des Aufstandes gefährdet schienen. Ein längeres Durchhalten der Kronstädter erhöhte die Gefahr eines Übergreifens auf andere Gebiete und der Unterstützung durch die russische Emigration und ausländische Mächte. Hinzu kam die Überlegung, dass ein Angriff auf die schwer einnehmbare Insel festung leichter war, solange der Finnische Meerbusen noch zugefroren war. Bei offenem Meer wäre die Verteidigung beweglicher geworden und ausländische Schiffe hätten zu Hilfe kommen können. Ein Neuaufleben des gerade überstandenen Bürgerkriegs schien nicht ausgeschlossen.

Der Sturm auf das stark befestigte Kronstadt gestaltete sich schwieriger als erwartet. Der erste Angriff am 8. März, am Eröffnungstag des 10. Parteitages, scheiterte an der Unzuverlässigkeit der eingesetzten Truppen, die nicht bereit waren, gegen die Aufständischen vorzugehen. Es gab Hunderte von Überläufern (vgl. *Dok.*, 405, 446, 510). Die Strafmaßnahmen reichten von der Entwaffnung und Umsiedlung in andere Gebiete bis zur Erschießung durch Standgerichte. Mit neuen Truppen und der propagandistischen Unterstützung von 300 Parteitagsdelegierten, von denen 15 bei den Kämpfen fielen, begann nach intensiver Artillerievorbereitung in der Nacht zum 16. März der zweite Sturm, dem die Verteidiger angesichts der Übermacht von rund 50 000 Angreifern nicht standhalten konnten. 8000 Aufständische, darunter fast alle Mitglieder des PRK und des Verteidigungsstabes, zogen sich über das Eis nach Finnland zurück, was der bolschewistischen Propaganda in die Hände spielte, die diesen Ausgang vorausgesagt hatte.

Die genaue Anzahl der Opfer auf beiden Seiten wurde nie ermittelt. Die Verluste an Verwundeten

und Toten auf Regierungsseite werden auf 10000 geschätzt, die Kronstädter Verteidiger hatten 600 Tote und über 1000 Verwundete zu beklagen (vgl. Avrich 1970, 211). Nach der Einnahme am 18. März kam es zu einer blutigen Abrechnung mit den Matrosen, Soldaten und Arbeitern Kronstadts. Es wurden nicht nur aktive Kämpfer, sondern auch Unbeteiligte festgenommen. Mindestens 2103 von ihnen wurden zum Tode verurteilt, 6459 erhielten lange Haftstrafen (vgl. Naumow/Kosakovskij 1997, 15). 1922 wurden über 2500 Bewohner Kronstadts aus ihrer Stadt ausgesiedelt, von denen 1963 als »Kronstädter Meuterer und ihre Familienangehörigen« galten (367). Aus der Kronstädter Organisation wurden im Zuge einer Parteireinigung 212 Kommunisten ausgeschlossen (*Kronstadtskaja*, 1999, II, 163). 15000 als unzuverlässig eingeschätzte Matrosen wurden aus der Flotte entfernt (vgl. Avrich 1970, 213f). Die Namen der Schlachtschiffe *Petropawlowsk* und *Sewastopol* wurden in *Marat* und *Parishskaja Kommuna* geändert.

Der KA blieb isoliert. Die Erwartung, dass die Petrograder Arbeiter seinem Beispiel folgen würden, erfüllte sich nicht. Ein Teil von ihnen sympathisierte zwar mit dem KA, die Mehrheit verhielt sich aber gleichgültig. Das war sowohl auf die Propaganda der Regierung, die mit der Behauptung einer weißgardistischen Verschwörung die Ablehnung der Wiederherstellung der Monarchie unter den Massen nutzte, als auch auf die allgemeine Kriegsmüdigkeit und wirtschaftliche Zugeständnisse der Sowjetregierung zurückzuführen.

7. *Folgen der Niederschlagung.* – Für die KPdSU und andere im 20. Jh. an der Macht befindliche kommunistische Parteien bestand die wichtigste Lehre des KA darin, jeden Angriff auf ihr Machtmonopol bereits im Ansatz zu bekämpfen. Mit Blick auf Kronstadt erklärte LENIN: »Die proletarische Revolution in Russland bestätigt von neuem diese Erfahrung von 1789-1794 und 1848-1849, sie bestätigt die Worte F. ENGELS', der in einem Brief an BEBEL vom 11. XII. 1884 schrieb: Die »reine Demokratie« kann »im Moment der Revolution ... als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen und selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen [...] Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher – die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion, und das, glaub' ich, darf nicht aus den Augen verloren werden.« (LW 32, 483f)

Kronstadt bestärkte LENIN in seinem »unversöhnlichen Kampf gegen die Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten«, in dem für ihn die »Erfahrung und Lehre von Kronstadt« bestand (LW 32, 335). Sie führte zur Ausschaltung der letzten, vereinzelt noch vorhandenen Vertreter anderer linker Parteien in den

Sowjets und damit zur Zementierung des Einpartei-systems. Auf dem 10. Parteitag wurde mit Hinweis auf den KA das dann Jahrzehnte lang der Zerschlagung jeder innerparteilichen Opposition dienende Fraktionsverbot beschlossen (vgl. LW 32, 246). Die oppositionellen Parteitagsdelegierten, deren Auffassungen in vielem denen der Kronstädter ähnelten, unterstützten die Niederschlagung des Aufstandes, da auch sie am Machtanspruch der Partei nicht rütteln wollten. Die Beschlüsse zur NÖP, die nicht durch den KA veranlasst, aber zweifellos beschleunigt wurden, verband man nicht mit entsprechenden Schritten zur Erweiterung der Demokratie in Staat, Partei und Wirtschaft, wie sie die oppositionellen Gruppierungen in der Partei gefordert hatten. Selbst die im Mai/Juni 1921 diskutierte Bildung eines unter der Führung der KPR(B) stehenden Sowjetischen Bauernverbandes wurde aus Furcht vor einem Kronstadt »in großem Ausmaße« abgelehnt (WEHNER 1999, 255).

So verfestigte sich das leninistische Sozialismus-Modell, das zwar von einer neuen Demokratie sprach, aber tatsächlich die absolute Parteiherrschaft der KP ohne demokratische Mitwirkung der Massen bedeutete. Die Sowjets blieben bis zu den Reformen in der Periode der Perestrojka machtlose Anhängsel der Partei, deren Machtmonopol und damit verbundene Missachtung der Demokratie zum Scheitern der wiederholten Reformansätze in der Geschichte der UdSSR führten.

Die schonungs- und maßlose Unterdrückung des KA provozierte Desillusionen unter ausländischen Kommunisten und nichtkommunistischen Sympathisanten. Dass man auf die eigenen Leute geschossen hatte, war eine Tragödie, die auch Nikolai BUCHARIN bewegte: »Who says the Kronstadt rising was White? No. For the sake of the idea, for the sake of our task, we were forced to suppress the revolt of our erring brothers. We cannot look upon the Kronstadt sailors as our enemies. We love them as our true brothers, our own flesh and blood.« (Zit.n. Avrich 1970, 134) Selbst bei LENIN klang das an, wenn er von »Fehlern der unglückseligen Kronstädter vom Frühjahr 1921« sprach (LW 33, 7f). Hier deutete er an, was er nicht zugeben bereit war: dass ein Teil der sozialen Basis der Oktoberrevolution gegen die Herrschaft der KP aufgestanden war.

8. *Die Debatte über den KA.* – Entgegen seinen eigenen Überzeugungen versuchte LENIN am 15. März 1921 gegenüber *The New York Herald* den KA als einen »ganz unbedeutenden Zwischenfall« herunterzuspielen, »der die Sowjetmacht viel weniger bedroht als die irischen Truppen das Britische Reich« (LW 36, 528). Dennoch begann unmittelbar nach der Niederschlagung des Aufstandes die internationale Diskus-

sion. Wie Frits KOOL und Erwin OBERLÄNDER in der Einführung zu ihrer Quellensammlung (1967, 283-96) nachweisen, gab es schon im März 1921 eine Vielfalt von Reaktionen in der sozialdemokratischen, linkssozialistischen und kommunistischen Presse.

Es waren zuerst russische Anarchisten, die im Ausland die These von der dritten Revolution vertraten (BERKMAN, JARTSCHUK, VOLIN). 1921 erschien in Prag, in der Zeitung *Wolja Rossii*, ein Bericht unter dem Titel *Prawda o Kronschtadte* (Die Wahrheit über Kronstadt) mit einem vollständigen Abdruck aller Nummern der von den Kronstädtern vom 3. bis 16. März herausgegebenen *Iswestija Wremennogo Rewoljuzionnogo Komiteta Matrosow, Krasnoarmejzew i Rabotschich gor. Kronschtadta* (Mitteilungen des Provisorischen Revolutionskomitees der Matrosen, Rotarmisten und Arbeiter der Stadt Kronstadt; dt. in *Dok.*, 297-515). Die Autoren sahen die Bedeutung des Aufstandes darin, dass er die Kommunisten gezwungen habe, »sich von ihrer Wirtschaftspolitik loszusagen, d.h. von demselben Kommunismus, für den die Oktoberrevolution durchgekämpft, ein Meer von Blut vergossen und Russland zerstört worden war«. Sie seien jedoch »nicht bereit« gewesen, »die Frage der Macht zur Debatte zu stellen«, und hätten es stattdessen vorgezogen, »die Verteilung zu ändern, den Handel wiederherzustellen, Ausländern Konzessionen zu gewähren und an Polen russisches Land und russische Bevölkerung abzutreten, anstatt, und wenn auch nur den sozialistischen Parteien, das Recht auf Freiheit des Wortes, der Presse und der Versammlung zu gewähren«. Der Aufstand habe gezeigt, dass »nur das Volk die Bolschewiki und ihre Herrschaft von innen erschüttern und überwinden« könne (*Dok.*, 339).

Alexander BERKMAN wertete 1922 den KA als ersten Schritt zur »unvermeidlichen« dritten Revolution. Er habe »die kommunistische Parteidiktatur und die russische Revolution als einander entgegengesetzt [...] und sich gegenseitig ausschließend« gezeigt. Der kommunistische Staat selbst sei »die mächtigste und gefährlichste Gegenrevolution« (1990, 31). Klaus GIETINGER knüpfte 2011 daran an: Als »der Bürgerkrieg siegreich zu Ende geführt war«, sei »auch die Revolution besiegt« gewesen, hätten sich die Bolschewiki »selbst und endgültig in Konterrevolutionäre verwandelt«, weil sie die »Entmachtung der Sowjets in Armee, Betrieben und Politik nicht rückgängig« machten (30).

BERKMAN hielt es für einen fatalen Fehler, dass die Kronstädter nicht die Offensive auf das Festland gesucht hatten: »Eine Rebellion sollte kräftig sein und unerwartete und entschiedene Schläge führen. [...] Eine Rebellion, die sich auf eine Lokalität beschränkt, eine abwartende Politik befolgt oder eine defensive

Haltung einnimmt, ist unvermeidlich zur Niederlage verurteilt.« Der KA habe die »verhängnisvollen strategischen Fehler der Pariser Kommune wiederholt« (1922/1990, 29). Mit diesen Schlussfolgerungen kam er den Überlegungen nahe, die LENIN 1917 am Vorabend der Oktoberrevolution in *Marxismus und Aufstand* sowie *Ratschläge eines Außenstehenden* (LW 26, 4-10, 166-68) geäußert hatte.

VOLIN (d.i. Wsewolod EICHENBAUM) vertrat in seinem postum 1948 veröffentlichten Werk *Die unbekannteste Revolution* die These, dass der KA »der erste vollkommen unabhängige Versuch des Volkes [war], sich von jedem Joch zu befreien und die Soziale Revolution zu verwirklichen«. Es sei »ein direkter, entschlossener und kühn durchgeführter Versuch der werktätigen Massen selbst« gewesen, »ohne politische Hüter«, ohne Führer oder Vormund«. Es sei dabei »unwichtig«, dass die Aufständischen entgegen den anarchistischen Auffassungen »noch von einer Macht (der Sowjets) sprachen, anstatt den Begriff und die Vorstellung einer Macht für immer zu verbannen, anstatt von Koordination, Organisation und Administration zu sprechen«. Der Triumph des »Staatssozialismus(kapitalismus)« über den KA habe den »Keim seines schließlichen Zusammenbruchs« in sich getragen. Die Kommunisten seien »durch die Logik ihrer eigenen politischen Linie gezwungen« worden, »immer deutlicher zu zeigen, dass sie längst bereit sind, das Ziel aufzugeben, auf alle Prinzipien zu verzichten, mit jedem beliebigen Partner Abkommen zu schließen, einzig und allein, um ihre Herrschaft und ihre Privilegien aufrechtzuerhalten« (1999, 132f). Die NÖP wurde von ihm als Verrat am Sozialismus, als Konterrevolution gewertet: LENIN habe »genau das ökonomische Programm aufgestellt], das er fälschlicherweise den Kronstädtern zu[ge]schrieben« habe und »wegen dem diese angeblich bekämpft wurden«. So sei »der wirkliche Sinn« der vom KA geforderten »Freiheit« völlig entstellt« worden. »An Stelle einer freien und schöpferischen Aktivität der werktätigen Massen, die einen Schritt auf dem Weg zu ihrer völligen Befreiung (wie sie Kronstadt forderte) bedeutete hätte«, habe man »die ›Freiheit‹ einiger weniger, Handel zu treiben, ›Geschäfte‹ zu machen, sich zu bereichern«, gewährt (129).

In Anlehnung an Jefim JARTSCHUK, der 1923 von der dritten Revolution als der »wahren proletarischen Revolution« (3) sprach, bezeichneten Ida METT 1938, Johannes AGNOLI und Cajo BRENDEL 1971 sowie GIETINGER 2011 den KA als »proletarischen Ausläufer« der als bürgerlich definierten russischen Revolution bzw. als »zweite Pariser Kommune«. Nach Auffassung BRENDELS wurde in Kronstadt »mit der Verwirklichung der echten Arbeiterdemokratie ein bescheidener Anfang gemacht«. Kronstadt habe



»nicht nur die bolschewistischen Machtansprüche entschieden zurückgewiesen, sondern auch die traditionellen bolschewistischen Parteauffassungen und die Partei als solche in Frage gestellt« (1974, XX). Wie die Juni-Insurrektion des französischen Proletariats 1848 »die Stunde der Wahrheit für die radikale französische Republik« gewesen sei, hätten die Matrosen und Arbeiter in Kronstadt die bolschewistische Partei gezwungen, »in ihrem wahren Gewande aufzutreten: als eine unverhüllt arbeiterfeindliche Institution, deren einziger Zweck die Errichtung des Staatskapitalismus war« (XXVIII). Der KA bilde »das Moment, an dem das Pendel am weitesten nach links ausschlägt« (XXVI). Er stehe in einer Reihe mit der Verschwörung von BABEUF 1796 in Frankreich oder den Mai-Ereignissen 1937 in Katalonien, die mit einer Niederlage endeten, weil die Bedingungen und Voraussetzungen für einen proletarischen Sieg fehlten (XXI).

Damit nahm BRENDL auch zu der bis heute diskutierten Frage Stellung, ob das Programm des KA im internationalen Kräfteverhältnis und unter den Bedingungen in Sowjetrußland die Chance einer Verwirklichung hatte. Wie die meisten anderen Autoren verneint er dies: »Was aber als die ›dritte Revolution‹ bezeichnet wurde, war im agrarischen Rußland jener Tage, mit seiner verhältnismäßig geringen Arbeiterschaft und mit seiner primitiven Wirtschaft, nichts als eine Illusion«. Die Bedeutung des KA bestehe darin, dass er mit »Kommune« und »frei gewähltem Sowjet« das »Vorbild einer proletarischen Revolution und einer Arbeitermacht gegeben« habe (XXIX).

Auch AVRICH kann sich »a rebel victory« kaum vorstellen. Bei aller Unzufriedenheit fürchtete das kriegsmüde Volk »a White restoration more than they hated the Communists« (1970, 218). Für KOOL und OBERLÄNDER war das Programm des KA »unter den gegebenen Umständen zweifellos utopisch«; man habe »die Losungen des Oktobers« proklamiert, die sich »in der Praxis als nicht durchführbar« erwiesen hatten. Der »Aufbau einer modernen Industrie« habe »sich nicht mit der Kombination von Tauschhandel und lokaler Autonomie« vertragen (1967, 289). Aus den Kronstädter Verlautbarungen habe »ein irrationaler Glaube an die Kraft der Räteidee, die Rußland erneuern sollte«, gesprochen (ANWEILER 1967, 72). – Anders sieht es Karl-Heinz GRÄFE, für den die Frage, ob die in Kronstadt sichtbaren »Konturen einer Alternative zu dem entstandenen Gesellschaftszustand Sowjetrußlands real werden konnten«, »offen« bleibt (2011, 22).

Der linke Menschewik Julius MARTOW sah in der breiten Basis der den Aufstand Unterstützenden »die Möglichkeit einer proletarischen Einheitsfront« zur Weiterführung der Revolution und die Möglichkeit, einen solchen Kampf zu führen, ohne dass er der

Konterrevolution nützt (ŠČETINOV 1999, 25). LENIN hielt ihm die Taktik MILJUKOWS entgegen: »Lasst uns jeden, wer immer es auch sei, sogar die Anarchisten, und jede beliebige Sowjetmacht unterstützen, wenn nur die Bolschewiki gestürzt werden, wenn nur eine Verschiebung der Macht herbeigeführt wird! Einerlei, ob nach rechts oder nach links, ob zu den Menschewiki oder zu den Anarchisten, nur eine Verschiebung der Macht weg von den Bolschewiki; das übrige aber – das übrige werden ›wir‹, die Miljukow, ›wir‹, die Kapitalisten und Gutsbesitzer, ›selber‹ besorgen; die Anarchisten, die Tschernow und Martow werden wir mit einem Fußtritt davonjagen« (LW 32, 374). Viktor SERGE teilte diese Meinung. 1937 schrieb er in *Proletarische Revolution*: »Das aufständische Kronstadt war nicht konterrevolutionär; sein Sieg hätte jedoch unausweichlich die Konterrevolution nach sich gezogen.« (Zit.n. Mett 1938/1974, 84)

TROTZKI, der wegen der Niederschlagung des KA besonders in der Kritik der Anarchisten stand, verteidigte noch 1938 seine mit dem Standpunkt der KPdSU(B) übereinstimmende Einschätzung des Aufstandes. Er bezeichnete ihn als »Episode in der Geschichte der Beziehungen zwischen der proletarischen Stadt und dem kleinbürgerlichen Dorf«, die sich von anderen kleinbürgerlichen Bewegungen und Aufständen in Rußland nur durch ihre »größere Wirkung nach außen« unterschied (2f). Der KA sei die »bewaffnete Reaktion des Kleinbürgertums gegen die Beschwerden der sozialen Revolution und die Strenge der proletarischen Diktatur« und eine »tödliche Gefahr« für diese gewesen. Daran ändere auch die Beteiligung qualifizierter Arbeiter und Ingenieure nichts, die »eine Art negativer Auslese« dargestellt hätten. Er fragte: »Sollte nur deswegen, weil man einen politischen Fehler begangen hatte, die proletarische Revolution tatsächlich Selbstmord begehen, um sich zu bestrafen?« (9f)

AVRICH stellte 1970 den Aufstand nicht nur in den Kontext der umfassenden Krise des Jahres 1921, sondern auch in die Tradition spontaner Aufstände in der russischen Geschichte: »Yet Kronstadt presents a situation in which the historian can sympathize with the rebels and still concede that the Bolsheviks were justified in subduing them.« Allerdings könnten keine Handlungen der weißen Emigranten »excuse any atrocities which the Bolsheviks committed against the sailors« (5f).

In westlichen Untersuchungen wurden häufig Parallelen zu Krisen in anderen Ländern des Staatssozialismus gezogen: Vom KA im März 1921 »über den 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland bis zum Oktober 1956 in Ungarn und Polen« verlaufe »die revolutionäre Wiedergeburt der Räte im Kampf gegen die bolschewistische Diktatur« (ANWEILER 1958, 2). Im

Zusammenhang mit der Entstehung der Gewerkschaft *Solidarność* in Polen verwies Iring FETSCHER auf die anarchosyndikalistischen Auffassungen der Kronstädter und der Arbeiteropposition in der KPR(B) als Ansatz zur Entwicklung einer echten Arbeiterdemokratie im ›real existierenden Sozialismus‹. Er äußerte die Erwartung: »Wenn die Reform gelingt, könnte die polnische Parteiführung zu der am festesten etablierten im ganzen ›sozialistischen Lager‹ werden« (1980, 33). Grundsätzliche Skepsis hingegen wurde geäußert, weil die Kronstädter in ihrer Resolution nur Freiheiten für die sozialistischen Parteien forderten und nur die Haftentlassung für Linke verlangten: »Demokratisch in unserem Sinne war die Resolution jedoch nicht« (GOSZTONY 1982, 25).

In der SU wurde der KA, LENIN folgend, lange als konterrevolutionäre Aktion dargestellt und in seiner Bedeutung abgeschwächt. »Kronstädter antisowjetische Meuterei« (*Sowjetskaja Istoritscheskaja Enziklopedija*, Bd. 8, 1965, 178) und »von Sozialrevolutionären, Menschewiki, Anarchisten und Weißgardisten mit Unterstützung ausländischer Imperialisten organisierte konterrevolutionäre Aktion eines Teils der Kronstädter Garnison und der Schiffsmannschaften der Baltischen Flotte« (*Sowjetskaja Woennaja Enziklopedija*, Bd. 4, 1977, 479) waren Grundmuster der Bewertung. Der Titel einer der seltenen umfangreicheren Abhandlungen *Liquidierung der antisowjetischen Kronstädter Meuterei* (SEMANOV 1973) unterstreicht die abwertende Grundaussage. In der Zeit des STALIN-Terrors wurden die Unzufriedenheit der Kronstädter, die zum Ausbruch des Aufstandes führte, und der missglückte erste Sturm auf Kronstadt mit dem Versagen bzw. der parteifeindlichen Tätigkeit der in Ungnade gefallenen TROTZKI, SINOWJEW, F.F. RASKOLNIKOW und M.N. TUCHATSCHIEWSKI in Verbindung gebracht (vgl. ŽAKOVŠČIKOV 1941).

Zaghafte Akzentverschiebungen wurden wiederholt sofort kritisiert, so etwa SEMANOWS Aussagen über die Zusammensetzung der Besatzungen auf den beiden Schlachtschiffen (vgl. Ščetinov 1973, 110f). Noch 1984 wurden Ansätze zu einer differenzierten Wertung, nämlich einer durch eigene Fehler hervorgerufenen Krise der Macht, wie sie E.A. AMBARZUMOW in einem Aufsatz über *Lenins Analyse der Krise des Jahres 1921* vertrat, scharf zurückgewiesen (BUGAJEW 1985).

Erst im Zuge von Perestrojka und Glasnost setzte sich eine neue Einschätzung durch, was im Januar 1994 zur Rehabilitierung der Teilnehmer des KA durch Boris JELZIN führte. Die Repressalien gegen sie wurden für ungesetzlich erklärt und die Errichtung eines Denkmals zu ihren Ehren in der Festungsstadt beschlossen (vgl. Naumow/Kosakowskij 1997, 6). Durch Quelleneditionen (*Kronštadtskaja tragedija*

1921 goda und NAUMOW/KOSAKOWSKIJ) wurde neues Material der Forschung zugänglich gemacht und eine differenziertere Sicht ermöglicht. Forschungsarbeiten im eigentlichen Sinne (z.B. ELIZAROV 2004) erschienen aber nur gelegentlich, weil das Anliegen der Kronstädter, eine Rätedemokratie zu entwickeln, nach 1991 in Russland weitgehend auf Unverständnis oder völlige Ablehnung stieß: »Wenn sich die Diktatur der weißen Generäle damals im Lande durchgesetzt hätte, hätte sie in der Bilanz viel weniger Unheil aus dem einfachen Grunde gebracht, weil sie nicht das Ziel verkündete, eine ›große Utopie‹ zu verwirklichen, die alle traditionellen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Grundlagen Russlands umwälzte« (ŠČETINOV 1999, 27).

9. Der KA und seine blutige Niederschlagung waren gleichsam die »Ursünde der bolschewistischen Revolution« (BOCK 2011, 6). Die von der KPR(B) geführte Sowjetregierung ging, ohne eine friedliche Verhandlungsmöglichkeit in Erwägung zu ziehen, mit brutaler Gewalt gegen einen Teil ihrer ursprünglichen sozialen Basis vor. Die meisten Aufständischen waren keine Gegner der Sowjetmacht und einer künftigen sozialistischen Entwicklung Russlands. Sie verstanden sich als Fortsetzer der revolutionären Intentionen von 1917 und als Akteure der dritten Revolution, einer Revolution im Sozialismus für den Sozialismus.

Bei einem Erfolg hätten die Kronstädter einen Zweifrontenkrieg führen müssen, einerseits gegen die Bolschewiki, die auf ihre unbeschränkte Macht nicht verzichten wollten, andererseits gegen die konterrevolutionären Kräfte, die die Macht der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer wieder herstellen wollten. Nach einem Sturz der bolschewistischen Herrschaft wären die unterschiedlichen Auffassungen im PRK, die durch den gemeinsamen Kampf gegen die Kommunisten überdeckt wurden, offen zu Tage getreten und von den Parteiführungen im In- und Ausland angefacht worden. Gegen die Konterrevolution mit ihrer internationalen Unterstützung durch Militär, Kapital und Propaganda hätten sich die erneuerten Sowjets kaum behaupten können. Das hatte LENIN im Sinn, als er 1921 feststellte: »In Russland sind nur zwei Regierungen möglich: entweder eine zaristische Regierung oder die Sowjetregierung« (LW 36, 528), wobei er mit letzterer die von der KPR(B) geführte meinte.

Der KA wurde zum »Menetekel« (BOCK 2011, 5) für das Scheitern des in der SU begründeten staatssozialistischen Systems, weil die notwendige Lehre nicht gezogen und die Niederschlagung zum (unausgesprochenen) Muster für den Umgang mit oppositionellen Bewegungen (1953 DDR, 1956 Ungarn, 1968 ČSSR, 1989 China) wurde.

BIBLIOGRAPHIE: J.AGNOLI, C.BRENDEL, I.METT, *Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern. Die Kommune von Kronstadt*, 2. A., Berlin/W 1974; J.A.AMBARZUMOW, »Lenins Analyse der Krise des Jahres 1921«, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge*, Berlin/DDR 1984, 595-609; O.ANWEILER, *Die Rätebewegung in Russland (1905-1921)*, Leiden 1958; ders., »Einleitung«, in: Kool/Oberländer 1967, 5-80; P.AVRICH, *Kronstadt 1921*, Princeton 1970; A.BERKMAN, *Die Kronstadt-Rebellion (1922)*, Berlin/W 1990; H.BOCK, »Das Menetekel: Kronstadt 1921. Wetterleuchten des ›kommunistischen‹ Ein-Partei-Systems«, in: *Pankower Vorträge* 161, Berlin 2011, 5-20; C.BRENDEL, »Kronstadt: Proletarischer Ausläufer der russischen Revolution«, in: Agnoli/Brendel/Mett 1974, XIX-XXXII; J.BUGAJEW, »Eine merkwürdige Position. Kritische Bemerkungen zu dem Beitrag von J. Ambarzumow ›Lenins Analyse der Krise des Jahres 1921‹«, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftl. Beiträge*, Berlin/DDR 1985, 199-209; M.A.ELIZAROV, »Ešče o pričinach kronštadtskogo vosstanija v marte 1921 goda« (Noch einmal über die Ursachen des Kronstädter Aufstandes im März 1921), in: *Otečestvennaja istorija* (Vaterländische Geschichte), Moskau 2004, H. 1, 165-74; I.FETSCHER, »Von Kronstadt bis Danzig. Arbeiterdemokratie im ›real existierenden Sozialismus‹«, in: *Demokratie und Sozialismus. Politische und literarische Beiträge*, Köln 1980, H. 16, 22-33; K.GIETINGER, *Die Kommune von Kronstadt*, Berlin 2011; P.GOSZTONY, »Der Kronstädter Aufstand«, in: ders. (Hg.), *Aufstände unter dem Roten Stern*, Bergisch Gladbach 1982, 13-42; K.-H.GRÄFE, »Kriegskommunismus und Alternativen 1921. Demokratie in der Partei und im Staat Sowjetrusslands«, in: *Pankower Vorträge* 161, Berlin 2011, 21-41; E.JARČUK, *Kronštadt v rusškoj revolucii*, New York 1923; F.KOOL, E.OBERLÄNDER (Hg.), *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Dokumente der Weltrevolution*, Bd. 2, eingel. v. O.Anweiler, Olten-Freiburg/Br 1967; *Kronštadtskaja tragedija 1921 goda. Dokumenty*, 2 Bde., Moskau 1999; I.METT, »Die Kommune von Kronstadt« (1938), in: Agnoli u.a. 1974, 9-92; V.P.NAUMOV, A.A.KOSAKOVSKIJ, *Kronštadt 1921. Dokumenty o sobytijach v Kronštadte vesnoj 1921 goda*, Moskau 1997; Ju.A.ŠČETINOV, »Kronštadtskij mjatež 1921 goda v sovetskoj istoričeskoj nauke« (Die Kronstädter Meuterei des Jahres 1921 in der sowjetischen Geschichtswissenschaft), in: *Problemy istorii SSSR*, Moskau 1973, 105-17; ders., »Vvedenie« (Einführung), in: *Kronštadtskaja tragedija*, 1999, 5-27; S.N.SEMANOV, »Likvidacija antisovetskogo kronštadtskogo mjateža 1921 goda« (Die Liquidierung der antisowjetischen Kronstädter Meuterei 1921), in: *Voprosy istorii* (Fragen der Geschichte), Moskau 1971, H. 3, 23-39; ders., *Likvidacija antisovetskogo kronštadtskogo mjateža 1921 goda*, Moskau 1973; *Sovetskaja istoričeskaja enciklopedija* (Sowjetische Historische Enzyklopädie), Bd. 8, Moskau 1965; *Sovetskaja voennaja enciklopedija* (Sowjetische Militärenzyklopädie), Bd. 4, Moskau 1977; L.TROTZKI, »Das Zetergeschrei um Kronstadt« (15. Januar 1938), in: *New International*, April 1938 (www); VOLIN, *Der Aufstand von Kronstadt*, a.d. frz. Orig. v. W.H.Leube, neu hg. u. bearb. v. J.Knobloch, Münster 1999; M.WEHNER, »›Ein Kronstadt in großem Ausmaß ist unsicher ...‹ Die russischen Kommunisten und die Frage der Bauernverbände«, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 3. Jg., 1999, H. 1, 237-55; K.ŽAKOVŠČIKOV, *Razgrom kronštadtskogo konterrevoljucionnogo mjateža*

v 1921 godu (Die Zerschlagung der Kronstädter konterrevolutionären Meuterei 1921), Leningrad 1941.

LUTZ-DIETER BEHRENDT

⇔ Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Arbeiterklasse, Arbeiterselbstverwaltung, Arbeiterstaat/Arbeiter- und Bauernstaat, Aufstand, Bolschewisierung, Bürgerkrieg, Demokratie/Diktatur des Proletariats, Gewalt, Glasnost, Hegemonie, innerparteiliche Demokratie, Klassenherrschaft, Kommune, Kommunismus, Kommunistenverfolgung, Konterrevolution, Kräfteverhältnis, Krieg, Kriegskommunismus, Krise, Macht, Neue Ökonomische Politik, Oktoberrevolution, Pariser Kommune, Parteien, Partei neuen Typs, Perestrojka, Räte/Rätesystem, Rätekommunismus, Revolution, Sowjet, Sowjetische Gesellschaft, Sowjetkritik, Sozialismus, sozialistischer Rechtsstaat, Staat, staatsmonopolistischer Sozialismus, Zwang